

Sichere Pensionen ohne den Wirtschaftsstandort zu gefährden – welche Ansätze wollen Sie verfolgen?

Die Liechtensteiner Pensionskassen stehen unter Druck. Um künftig die Pensionen sichern zu können, sind **mittelfristig höhere Beiträge** kaum zu vermeiden. Doch das bedeutet höhere Lohnnebenkosten und belastet die Arbeitgeber finanziell an einem ohnehin teuren Standort.



Wolfgang Marxer
stv. Abgeordneter der
Freien Liste (FL)

Eine echte Reform der Altersvorsorge muss zwingend das Wechselspiel zwischen den Säulen **AHV**, der Pensionskasse und allfälligen Ersparnissen berücksichtigen, denn schliesslich geht es um ein Auskommen mit dem Einkommen im Alter. Doch dies lehnte die Regierung bei den **«Massnahmen zur langfristigen Sicherung der AHV»** ab!

Die heutige Demografie in Verbindung mit den historisch tiefen Zinssätzen führt dazu, dass die Umwandlungssätze sinken und eine massive Umverteilung von den Aktivversicherten zu den Rentnern, also über die Generationen hinweg, stattfindet. Die gesetzlichen Minima bei den Beitragssätzen von 4 Prozent Arbeitgeber (AG) und 4 Prozent Arbeitnehmer (AN) werden in Zukunft bei einem wesentlichen Teil der Bevölkerung im Bereich des Niedrig-Verdienstes keine genügende Pension generieren.

Die Frage ist also: Sichern AG und AN heute mit höheren Beitragssätzen eine ansprechende **Rente**? Oder darf der Staat, die Allgemeinheit, dies in Zukunft tragen, indem Steuereinnahmen in wirtschaftliche Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen fallen?

Es braucht eine Erhöhung der Beitragssätze, was höhere Lohn«neben»-Kosten bedingt. Die Sozialpartner müssen sich, wie in anderen europäischen Staaten auch, für eine Lösung zusammensetzen.



Erich Hasler
Mitglied der Demokraten pro
Liechtenstein (DpL)

Die Ausgangslage ist wohl falsch dargestellt. Nicht die Pensionskassen stehen unter Druck, sondern die Altersvorsorge insgesamt. Unsere Pensionskassen haben – bis auf die staatliche Pensionskasse – einen Deckungsgrad von mehr als 100 Prozent. Die **Altersvorsorge** ist dadurch gefährdet, weil sich Sparen unter der gegenwärtigen Zinssituation mit Null- oder Negativzinsen nicht mehr lohnt. Das schadet sowohl dem Sparer als auch den Pensionskassen.

Die jetzige Situation verdanken wir den vielen überschuldeten europäischen Ländern, deren Schulden eine Zinsanhebung auf lange Zeit verunmöglichen. Der wohl einzige Ausweg für diese Länder ist, die Schulden über die Zeit wegzunflationieren. Dies bedeutet wiederum, dass der Wert zukünftiger Pensionsversprechen sehr unsicher ist. Noch mehr Staat und institutionelles Sparen sind demzufolge nicht die beste Lösung. Wichtig ist, dass die aktive Bevölkerung in der Lage ist, ein Einkommen zu erzielen, das nicht nur zum Überleben reicht, sondern auch noch privates Sparen ermöglicht, z. B. durch Eigentumbildung. Wer im Alter in der eigenen Wohnung oder im eigenen Haus wohnen kann, fährt günstiger, und es besteht weniger die Gefahr, in die Altersarmut abzurutschen.



Ado Vogt
stv. Abgeordneter
der Unabhängigen (DU)

Die Sicherung unserer Pensionskasse ist zentral für den Zusammenhalt unseres sozialen Gefüges. Nebst der **AHV** bilden die Pensionskassen einen wichtigen Baustein, um nach dem aktiven Arbeitsleben ein sorgenfreies Leben zu geniessen.

Durch das sehr tiefe Zinsumfeld sind die Pensionskassen stark gefordert. Zudem führt der demografische Wandel zu einer weiteren Verschlechterung der langfristigen finanziellen Lage.

Pensionskassen sind stark gefordert,

Die langfristige Sicherung der Pensionskassen, aber auch der anderen Sozialwerke wird eine grosse Opferbereitschaft aller gesellschaftlichen Schichten erfordern.

Ich masse mir nicht an, ein solch komplexes Thema in dem mir zur Verfügung stehenden Rahmen zu behandeln.

Da wir in der Zukunft genug damit zu tun haben werden, die bestehenden sozialen Werke auszufinanzieren, bin ich gegen die Einführung neuer Sozialwerke.



Daniel Oehry
Fraktionssprecher FPB

Im Gegensatz zur **AHV**, welche ein Umlageverfahren darstellt und durch Lohnabzüge finanziert wird, handelt es sich bei der Pensionskasse um ein Kapitaldeckungsverfahren. Hier spart jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer für seine eigene Pension.

Im Moment bleibt aus Sicht der Einzahler in der Pension weniger übrig und aus Sicht der Pensionierten vertrauen sie auf das **Rentenversprechen** und somit auf eine gesicherte Zeit in der Pension. Die kleinen Zinsen am Kapitalmarkt werden aufgefangen durch einen Transfer von den Aktiven zu den Pensionierten. Das führt zu einem Generationenkonflikt, welcher aus meiner Sicht nur gemeinsam gelöst werden kann.

Ob dies dann durch angepasste Prämien, Umwandlungssätze, durch eine Flexibilisierung des Systems oder durch andere Elemente gelöst wird, muss zuerst aufgezeigt werden. Das Regelwerk der Pensionskasse ist sehr komplex und darum wage ich es nicht, an dieser Stelle «die» Lösung zu präsentieren. Der Gedanke, dass ich nach einer langen Erwerbstätigkeit mit 50 bis 60 Prozent des letzten Lohnes in der Pension rechnen kann, sollte jedoch als Ziellinie gelten. Diesbezüglich erwarte ich mir auch eine Darstellung, wo dies erfüllt oder nicht erfüllt ist, damit wir dann auf Basis von diesen Fakten entscheiden können.



Manfred Kaufmann
Landtagsabgeordneter VU

Das anhaltend tiefe Zinsumfeld reduziert das im Pensionierungszeitpunkt vorhandene Sparguthaben erheblich. Gleichzeitig werden wir immer älter und das Guthaben muss über einen längeren Zeitraum verteilt werden. Die Folgen sind sinkende Pensionen. Beide Faktoren können durch die Politik nicht direkt beeinflusst werden. Mit dem seit 1.1.2018 überarbeiteten Gesetz über die betriebliche Personalvorsorge wird aber sichergestellt, dass mehr Guthaben

Mehr Guthaben wird angesammelt,

angesammelt wird. Beispielsweise wurde das Eintrittsalter bzw. die Mindestlohngrenze für die Versicherungspflicht herabgesetzt, das **Rentenalter** auf das Alter 65 erhöht und ein Mindestsparbeitrag von 8 Prozent eingeführt. Der Fokus sollte jetzt auf die Notwendigkeit der privaten Zusatzvorsorge, der dritten Säule, gelegt werden. Dafür brauchen die Versicherten aber auch die finanziellen Mittel. Hier kann die Politik Aufklärungsarbeit leisten und Anreize schaffen, noch mehr in die dritte Säule zu investieren – z. B. mit steuerlichen Entlastungen. Der Umfang der Möglichkeiten hängt auch davon ab, wie stark sich der Staat bei der langfristigen Sicherung der **AHV** engagiert.